



Jeder für sich

In der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre verabschiedete sich Europa von seiner gemeinsamen Geldpolitik. Der Weltmarkt brach zusammen. War das Aufkommen des Faschismus die unausweichliche Folge? **Von Werner Abelshäuser**

Lange Zeit schien der Schrecken gebannt zu sein: Die Weltwirtschaftskrise von 1929, diese Urkatastrophe der globalen Ökonomie, war Geschichte. Doch dann kehrten 2008 mit Beginn der Bankenmisere die alten Gespenster zurück. Zu sehr erinnerte der Verlauf der Ereignisse – von der Krise des Bankensystems bis zur Krise des Finanzmarkts, von der Staatsverschuldung bis zur Gefahr einer Desintegration Europas – an das historische Beispiel. Kein Wunder also, dass die Erfahrungen der dreißiger Jahre wieder als Kompass dienten. Aber eignen sie sich dazu?

Bei näherer Betrachtung treten eher Unterschiede zutage. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war Europa ökonomisch tief gespalten. Die Verliererstaaten, die wie Deutschland hohe Reparationsschulden hatten, hingen am Tropf des US-Kapitalmarktes und waren daher besonders verletzlich. Die Arbeitslosenquote blieb im Schnitt selbst während der „goldenen Jahre“ der Weimarer Republik zweistellig. In Frankreich hingegen herrschte Vollbeschäftigung.

Als im Oktober 1929 die Kurse an der New Yorker Börse abstürzten, mangelte es indes auch Staaten wie Deutschland an Katastrophenbewusstsein. Erst im Juli 1931 brach die Bankenkrise in Europa offen aus. Bis dahin hielten die meisten Volkswirtschaften den seit 1928 spürenden Abschwung für eine der üblichen Konjunkturschwankungen. Die politischen Akteure vertrauten fast ausschließlich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes – auch um die Zwangslage für ihre jeweiligen Ziele zu instrumentalisieren.

2008 war die Angst vor einer zerstörerischen Kettenreaktion so groß, dass nur wenige sie auszunutzen versuchten. Man hatte aus der historischen Erfahrung gelernt und setzte auf Kooperation. In der Krise von 1931 hingegen begegneten sich die Zentralbanken der wichtigsten Handelsnationen mit Misstrauen: Niemand erklärte sich bereit, als *lender of last resort*, als Kreditgeber letzter Instanz, Feuerwehr am Kapitalmarkt zu spielen. Die Bank of England konnte die Führung nicht übernehmen – ihr fehlte das nötige Kapital –, die Wall Street wollte nicht. Paris und Berlin blockierten sich gegenseitig im Streit um die deutschen Reparationszahlungen, über die deutsch-österreichische Zollunion und die deutschen Ostgrenzen. Und so griff niemand ein, als die Österreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien vor der Pleite stand – eine europäisch vernetzte Großbank.

Die deutschen Kreditinstitute waren für den nun einsetzenden Dominoeffekt besonders anfällig: Sie hatten einen großen Teil ihres Kapitals in der Hyperinflation von 1923 verloren und sich fast vollständig

vom amerikanischen Finanzmarkt abhängig gemacht. Der Börsenkrach von 1929 hatte diese Quelle jedoch versiegen lassen. Obendrein zogen US-Anleger in der Bankenkrise ihr Geld aus Europa ab: Diese Kapitalflucht verschärfte den konjunkturellen Abschwung noch zusätzlich. Die Banken als Großaktionäre zahlungsunfähiger Unternehmen gerieten dadurch unter immer höheren Druck.

In Deutschland musste der Staat schließlich am offenen Herzen operieren, weil er nicht rechtzeitig reagiert hatte, um den Zusammenbruch der Großbanken abzuwenden. Drei »Bankfeiertage«, Werktage, an denen die Schalter geschlossen blieben, und »Bankfeierwochen« mit eingeschränktem Zahlungsverkehr waren der verzweifelte Versuch, die Menschen davon abzuhalten, in Panik die Schalter zu stürmen. Zuvor hatten die Großbanken sich geweigert, der Darmstädter und Nationalbank (Danat) zu helfen, und damit in Kauf genommen, mit in den Abgrund gerissen zu werden – immerhin war die Danat die zweitgrößte deutsche Bank.

Im Juni 1931 entschloss sich die Regierung von Reichskanzler Heinrich Brüning, die inzwischen mit der Dresdner Bank fusionierte Danat zu verstaatlichen. Das Reich übernahm 90 Prozent der Aktien. Auch die Commerz- und Privatbank ging nach ihrer Fusion mit dem Barmer Bankverein zu 70 Prozent in Staatseigentum über – und wurde erst 1936 wieder privatisiert. Selbst die Deutsche Bank schämte sich nicht, den deutschen Staat in Anspruch zu nehmen.

Es dauerte nicht lange, bis die Bankenkrise weitere Kreise zog. Und schon bald waren nicht mehr nur einzelne Volkswirtschaften in Europa von ihr betroffen. So kündigte im September 1931 ausgerechnet Großbritannien, bis dahin Gralshüter der liberalen Weltwirtschaft, die Regeln für den Goldstandard auf, ließ das Pfund Sterling drastisch abwerten und räumte seinem Commonwealth Handelspräferenzen ein. Bis dahin hatten die wirtschaftspolitisch disziplinierenden Regeln des Goldstandards verhindert, dass Staaten den Wert der eigenen Währung zu manipulierten, um die Exportwirtschaft anzukurbeln. Die nationalen Währungen waren an die jeweiligen Gold- und Devisenreserven gebunden. So hatte der Goldstandard einen ähnlichen Effekt wie heute die Einheitswährung Euro.

Alle Beteiligten waren von den Vorteilen dieses Systems überzeugt – bis Großbritannien den Kurs des Pfundes freigab. 25 Länder folgten dem britischen Vorbild: In Europa stiegen die skandinavischen Staaten, die meisten Länder Ostmitteleuropas und Portu-

Ganz unten

Weltweit bieten in der großen Krise Menschen auf der Straße ihre Dienste und ihr letztes Hab und Gut an: Szenen aus den Usa und Österreich, aus Ungarn und Frankreich

gal aus dem Goldstandard aus. Frankreich, die Schweiz, die Niederlande, Belgien, Polen und Italien bildeten dagegen einen »Goldblock«. Die Weltwirtschaftskrise sollte sie zwar später, aber dafür umso heftiger erfassen: 1935/36 mussten auch sie ihre Währungen abwerten. Deutschland folgte dem britischen Schritt ebenfalls nicht, weil es fürchtete, dies könne Nachteile in der Reparationsfrage nach sich ziehen. Das Reich musste eine Jahresrate von zwei Milliarden Reichsmark zahlen – circa vier Prozent des Volkseinkommens (heute wären das rund 100 Milliarden Euro). Diese Zahlungen aber wären auch weiterhin an den Goldmarkwert gekoppelt gewesen. Eine Abwertung der Reichsmark hätte da eher geschadet als genutzt.

Die nächste krisenhafte Entwicklung, der sich vor allem Europa nicht entziehen konnte, war das Ende der Globalisierung. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die Weltwirtschaft eine ungeheure Dynamik entwickelt. Der Beginn des Ersten Weltkriegs setzte diesem Boom ein vorläufiges Ende. Nach 1918 kam der Welthandel nur langsam wieder in Gang – unterstützt durch ein enges Netz von Handelsverträgen, die den freien Markt sichern sollten. Der Protektionismus stand dabei auf dem Verbotsindex der weltwirtschaftlichen Moralhüter ganz oben. Doch auch dieses Tabu sollte nach 1929 gebrochen werden.

Diesmal waren die USA das *enfant terrible*. Der Senator des Bundesstaates Utah und ein Abgeordneter aus Oregon hatten schon 1930 eine Kongressmehrheit für die Errichtung hoher Zollmauern gewinnen können – ein Aufstand der Hinterbänkler gegen die eigene Regierung. Damit schottete sich der gesamte amerikanische Binnenmarkt ab. Anfang 1933 kündigte der neue US-Präsident Franklin D. Roosevelt dann auch noch den Goldstandard auf und versetzte damit dem Weltwährungssystem endgültig den Todesstoß. Die Rooseveltsche Politik des New Deal (siehe auch S. 88) verstand sich zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich als Alternative zur Weltwirtschaft.

Sämtliche Versuche der folgenden Jahre, den Weltmarkt zu stabilisieren, scheiterten. Die USA weigerten sich, die Führungsrolle zu übernehmen, die ihrem gewachsenen wirtschaftlichen und politischen Gewicht entsprochen hätte. Und Großbritannien, das mit der Bank of England bisher garantiert hatte, dass die Spielregeln des Weltmarktes eingehalten wurden, hatte diese Regeln längst selbst gebrochen. Als Roosevelt aufgefordert wurde, auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Frühjahr 1933 die Briten in ihrer Rolle als Weltwirtschaftswächter abzulösen, zog er einen

Segeltörn vor. Er schickte das berüchtigte *bombshell*-Telegramm, mit dem er jede Hoffnung im Keim erstickte: Nicht eine funktionierende Weltwirtschaft, sondern ein »gesundes inneres Wirtschaftssystem« garantiere den Wohlstand der amerikanischen Nation.

1932 war der Weltmarkt längst nur noch ein Schatten seiner selbst. Der Globalisierungsprozess, der im 19. Jahrhundert begonnen hatte, war zum Stillstand gekommen. Der Weltmarkt schrumpfte. In fast allen

Die Sowjetunion profitierte von der Krise: sie deckte sich günstig mit Gütern ein

europäischen Staaten herrschte Massenarbeitslosigkeit. Und nahezu alle Marktwirtschaften tappten in eine Liquiditätsfalle, aus der sie viele Jahre nicht mehr herausfinden sollten. Investoren zogen es vor, Kasse zu halten, weil sie nicht mehr darauf vertrauten, selbst bescheidenere Gewinnerwartungen zu realisieren. Konsumenten steckten aus Angst ihr Geld in den Sparstrumpf, anstatt es auszugeben. Die Weltwirtschaftskrise schlug in eine große Depression um.

Für diesen Fall hatte der britische Ökonom John Maynard Keynes den Regierungen empfohlen, selbst Geld aufzunehmen, um den Ausfall privater Investitionen zu kompensieren: Anreize wie Subventionen, Zins- oder Steuersenkungen könnten »die Pferde nur an die Tränke führen«; wenn sie aber nicht saufen wollten, müsse der Staat selbst aktiv werden. Doch die meisten Regierungen schlugen diesen Rat in den Wind, weil sie schlechte Erfahrungen gemacht hatten. In Deutschland etwa hatten sich die bürgerlichen Kabinette Hans Luther und Wilhelm Marx mehrere Hundert Millionen Reichsmark gepumpt, um den konjunkturellen Abschwung von 1926 zu bekämpfen – und waren danach die Schulden nicht mehr losgeworden.

Am wenigsten von der Krise betroffen war die Sowjetunion, weil sie nur wenig in die Weltwirtschaft integriert war. Das »Russengeschäft« war in den frühen dreißiger Jahren daher eine sichere Bank und federte den Absturz der großen europäischen Exportnationen ein wenig ab. Nur so konnte sich ein Weltmarktriase wie Krupp auf niedrigem Niveau stabilisieren – und das selbst in einem Jahr wie 1932, in dem Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 30 Prozent die Tal-

sohle erreicht hatte. Die Sowjets profitierten so auf ihre Weise von der Krise: Sie deckten sich billig mit Aufbaugütern ein und sahen durch die existenzielle Bedrohung der kapitalistischen Welt ihren Kurs bestätigt.

Im Westen konnte Großbritannien als erstes Land 1934 seine Industrieproduktion über den Vorkrisenstand hinausheben, musste aber weiterhin mit zweistelligen Arbeitslosenquoten leben. Durch Zinssenkungen und Subventionen gelang es den Briten, auch den Wohnungsmarkt in Schwung zu bringen. Zuvor hatte schon die Abwertung des Pfundes die britische Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gestärkt.

Auf ähnliche Weise hatten sich die Schweden Abwertungsvorteile verschafft: Ihre gemäßigt keynesianische Politik war sehr wirkungsvoll, weil sie geldpolitische Anreize mit staatlicher Arbeitsbeschaffung verband. Allerdings blieb auch hier die Arbeitslosigkeit bis über die dreißiger Jahre hinaus ein Problem. Die Goldblockstaaten dagegen, die bis Mitte des Jahrzehnts an der klassischen Deflationspolitik festgehalten hatten, kämpften bis zum Kriegsausbruch mit hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation.

Ökonomisch erfolgreich waren dagegen jene Länder, die ihr Heil in gewaltigen öffentlichen Investitionsprojekten gesucht hatten, die das Verhältnis von Staat und Wirtschaft auf eine ganz neue Grundlage stellten. Am radikalsten vollzog sich dieser Prozess in den USA und in Deutschland. Beide Staaten setzten fast gleichzeitig die neuen, revolutionären Mittel gegen die Krise ein, die Keynes und seine weniger bekannten deutschen Vorläufer wie Wilhelm Lautenbach und Carl Föhl empfohlen hatten, um direkt und mit starkem Effekt auf

Hitler pumpte vier Milliarden Reichsmark zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf

den Wirtschaftskreislauf einzuwirken. Roosevelts New Deal schuf unter anderem durch gigantische Staudammprojekte neue Arbeitsplätze. In Deutschland wurden flächendeckende Infrastruktur-, Sanierungs- und Siedlungsprogramme initiiert.

Da das NS-Regime über alle nötigen präsidenten und parlamentarischen Ermächtigungen verfügte, konnte es im Gegensatz zur Roosevelt-Administration seinen Willen auch gegen widerstrebende Kräfte in Staat und Wirtschaft durchsetzen. Rund vier Milliar-

den Reichsmark pumpten die Deutschen zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf, bevor 1935 die Rüstungsausgaben die zivile Arbeitsbeschaffung in den Schatten stellten. Vier Milliarden Reichsmark – das entsprach dem Dreifachen des gesamten industriellen Investitionsvolumens. Davon profitierten Reichspost und Reichsbahn, der private Wohnungsbau und öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser, ganz am Rande auch der Autobahnbau. Die öffentlichen Aufträge waren so umfangreich, dass Keynes' Meisterschülerin, die britische Ökonomin Joan Robinson, witzelte, man könne fast glauben, »Hitler habe die Krumme Lanke begradigt, den Schwarzwald weiß streichen und den Polnischen Korridor mit Linoleum auslegen lassen«.

Spätestens 1936 war in Deutschland Vollbeschäftigung erreicht. Die keynesianische Strategie sah nun eigentlich den Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftskreislauf und die Konsolidierung des *deficit spending* vor. Das Gegenteil trat ein – jetzt vor allem im Dienst der Aufrüstung. Das deutsche »Wirtschaftswunder« der dreißiger Jahre war ein Aufschwung, der die materielle Grundlage für eine Politik des äußersten Risikos schuf.

Ursächlich für die Zerstörung der Demokratie in Deutschland und für den Rüstungswahn des »Dritten Reiches« aber war die Weltwirtschaftskrise nicht. Begünstigt hat sie Hitlers Aufstieg indes ganz ohne Zweifel, und auch vor 1933 musste die Republik schon zu Notstandsmaßnahmen greifen, die die parlamentarische Demokratie zur Farce werden ließen. Der Austrofaschismus unter Kurt Schuschnigg und die Annäherung Ungarns an das nationalsozialistische Deutschland unter Miklós Horthy waren ebenfalls eng mit den Auswirkungen der Krise auf die dortigen Demokratien verbunden, und das seit 1922 faschistische Italien sah sich durch die Krise in seinem korporatistischen Ansatz bestärkt. Die meisten westeuropäischen Demokratien indes – von Frankreich und Großbritannien über die Beneluxstaaten bis zur Schweiz – bewältigten die Weltmarktmisere, ohne an ihrer politischen Substanz Schaden zu nehmen. Die tieferen Gründe für die faschistischen Tendenzen in Teilen Europas sind daher weit eher in der Geschichte der betroffenen Staaten zu suchen als in der globalen ökonomischen Krise. Die war lediglich der Brandbeschleuniger. ■

Werner abelshauser, Jahrgang 1944, ist forschungsprofessor für historische sozialwissenschaft an der Universität Bielefeld

Weiterlesen

florian Pressler:
»Die erste Weltwirtschaftskrise. eine kleine Geschichte der großen Depression«
c. h. Beck,
München 2013